



Malte Krüger*



Franz Seitz**

Bargeldlos oder bar jeglichen Verstands? Was die Abschaffung des Bargeldes bringt oder eben gerade nicht

Der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff und andere schlagen vor, das Bargeld abzuschaffen (oder unattraktiv zu machen), um die Schattenwirtschaft einzudämmen und die Effektivität der Geldpolitik bei Negativzinsen zu erhöhen (vgl. Rogoff 2014 und stellvertretend für weitere Autoren Kimball 2013; Buiter 2009).¹ Spätestens nach dem Spiegel-Interview mit dem Wirtschaftsweisen Peter Bofinger ist die Diskussion inzwischen auch in der deutschen Öffentlichkeit angelangt (vgl. Der Spiegel 2015). Die Vorschläge hören sich in der Theorie alle ganz gut an und sind vor dem Hintergrund der Existenz moderner unbarer Zahlungsinstrumente auch auf den ersten Blick attraktiv. Aber in der Praxis ergeben sich dadurch vielschichtige Probleme. Zunächst einmal wären die Auswirkungen einer solchen Maßnahme sicherlich begrenzt, wenn nur in einem Währungsraum Bargeld abgeschafft würde. Wenn wir uns zum Beispiel in der Eurozone zu diesem Schritt entschließen sollten und gleichzeitig der Schweizer Franken und der US-Dollar weiterhin in Münzen und Scheinen erhältlich sind, dann werden sich die Bewohner des Euro-Währungsgebiets ausländisches Bargeld verschaffen. Rogoffs Vorstellung hat also allenfalls dann Sinn, wenn sich international zumindest die Länder mit den wichtigsten Weltwährungen (US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischer Yen, Britisches Pfund) zu einem solchen Schritt durchringen würden. Aber selbst in einem solchen äußerst unrealistischen Fall ist zu bezweifeln, dass sich die erhofften positiven Effekte einstellen. Gleichzeitig sind die sprichwörtlichen »Risiken und Nebenwirkungen« zu beachten.

Wenn das Bargeld abgeschafft ist, werden die Leute bei Negativzinsen versuchen, auf andere Aktiva auszuweichen.

* Prof. Dr. Malte Krüger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aschaffenburg.

** Prof. Dr. Franz Seitz ist Professor an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Weiden.

¹ Weniger radikal ist der Vorschlag, Noten mit hoher Denomination abzuschaffen (vgl. Rogoff 1998; van Hove 2007).

So kann man sich vorstellen, dass dann die Nachfrage nach Gold und anderen Edelmetallen deutlich ansteigt. Auch Immobilien würden vermutlich sehr gefragt sein. Dort könnte es zu ausgeprägten Preisblasen kommen, und die nächste Finanzkrise stünde vor der Tür. Zudem wäre danach zu fragen, ob es den Leuten nicht gelingen kann, auf Alternativen auszuweichen, die ihnen auf alle Fälle eine Nullverzinsung garantieren. So ist es jederzeit möglich, auf Gutscheine überzugehen, Schecks zu verwenden und zunächst nicht einzulösen, Steuervorauszahlungen zu leisten oder Kredite vorzeitig zurückzubezahlen. Auch sollten Verhaltensänderungen und ausgelöste Anreize zu »Finanzinnovationen«, um die Beschränkung zu umgehen, auf alle Fälle mit berücksichtigt werden. Die Bevölkerung sieht sich ja einer Situation gegenüber, in welcher durch die Null- bzw. Negativzinspolitik der Sparer und die Volkswirtschaft insgesamt negativ betroffen sind (vgl. z.B. Rösl und Tödter 2015). Und durch staatliche Intervention soll nun das Medium abgeschafft werden, mit dem man sich gegen diese Politik, zumindest teilweise, zur Wehr setzen kann. Die Anreize für Ausweichreaktionen bzw. Arbitragemöglichkeiten werden dabei umso größer sein, je länger die Negativzinsphase anhält und je stärker sie ausfällt.

Auch bei dem Schattenwirtschafts- bzw. Schwarzgeldargument gilt zunächst einmal, dass dieser Effekt nur sehr begrenzt auftreten würde, wenn ein Währungsgebiet isoliert einen solchen Schritt vornimmt. Die Schattenwirtschaft würde dann vermehrt auf andere Währungen ausweichen. Weiterhin sollte bedacht werden, dass einerseits illegale Aktivitäten nicht nur mit Bargeld abgewickelt werden² und andererseits der größte Teil der mit Bargeld finanzierten Transaktionen legaler Natur sind. Zudem enthält die Schattenwirtschaft auch Elemente eines »Sicherheitsventils«. Der moderne Staat erweist sich als äußerst produktiv im Erfinden immer neuer und komplizierter Regularien. Dies führt vielfach zu einer erheblichen Verteuerung bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Es ist daher zumindest nachvollziehbar, wenn einige Aktivitäten in die Schattenwirtschaft auswandern. Hier wäre die beste politische Antwort nicht die Abschaffung des Bargelds, sondern eine Entrümpelung des gesetzlichen Rahmens.

Unter einem mehr generellen Blickwinkel wäre auch nach dem enormen Kontrollpotenzial zu fragen, das sich in einer Welt mit rein elektronischem Zahlungsverkehr ergeben würde. In diesem Zusammenhang wurde auch schon vom »Orwellischen Albtraum« gesprochen (vgl. Goodhart und Krueger 2001, S. 10). In modernen vernetzten und computerisierten Gesellschaften ist der Mensch bereits in weitem Maße kontrollierbar: durch Aktivitäten im Internet, durch die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, durch die Nutzung

von Mobiltelefonen und durch die Verwendung vielfältiger elektronischer Zahlungsmittel. Bis dato sind die Zahlungsdaten jedoch höchst unvollkommen, da die meisten Zahlungen in bar stattfinden und daher von Dritten nicht nachvollziehbar sind. Krüger und Seitz (2014, S. 27) schätzen, dass es im Jahr 2011 32 Mrd. Bartransaktionen in Deutschland gegeben hat. Damit kommt jeder Deutsche im statistischen Durchschnitt auf beachtliche 400 Bartransaktionen.³ Diese Schätzung stellt eher eine Untergrenze dar. Würden alle diese Transaktionen elektronisch abgewickelt und damit potenziell offen für eine Überwachung, dann hätten wir den gläsernen Bürger. Eine Privatsphäre im eigentlichen Sinne des Wortes gäbe es nicht mehr. Der Verlust der Anonymität (»cash is privacy«, Kahn, McAndrews und Roberds 2005) wird dazu führen, dass weniger legale (!) Transaktionen getätigt werden und es zu Ausweichreaktionen kommt. Diese führen zu Effizienzverlusten und Zusatzlasten (»deadweight losses«), die über die reine Abschaffung des Bargelds hinausgehen. Diese wirken analog der Effekte verzerrender Steuern. Es wird auf alle Fälle ohne Bargeld zu weniger Transaktionen kommen. Darauf deutet auch der Umstand hin, dass Bargeld selbst im Distanzhandel eine gewisse Rolle spielt. Das Modell »Bestellung im Internet – Abholung im Laden« (mit Barzahlungsalternative) genießt zunehmende Popularität (selbst Amazon plant, stationäre Läden zu eröffnen), und Initiativen wie www.barzahlen.de bieten neue Möglichkeiten für Barzahlungen im eCommerce.

In einer Welt ohne Bargeld würden auch die Zentralbankbilanzen erheblich kürzer ausfallen. Es würden weniger zinstragende Aktiva gehalten und die Gewinne der Zentralbanken wären geringer als heute. Möglicherweise könnten die Notenbanken dann nicht mehr genug Erlöse zur Deckung der eigenen Kosten erwirtschaften und wären somit abhängig von Zuwendungen ihrer jeweiligen Regierung. Hierdurch kann sich eine potenzielle Gefahr für die Unabhängigkeit der Zentralbanken ergeben.

Bargeld hat Eigenschaften, die es sehr schwer machen, einen perfekten elektronischen Ersatz zu entwickeln. Es ist anonym nutzbar, es kann ohne jede weitere Beteiligung von Dienstleistern verwendet werden, Zahlender und Zahlungsempfänger müssen nicht in irgendeiner Form »online« sein, es kann für kleine und große Beträge genutzt werden, die Zahlung ist einfach, bequem und schnell, die Zahlung ist definitiv und final (sie kann nicht rückgängig gemacht werden), und Bargeld ist relativ fälschungssicher.⁴ Ein elektronisches Zahlungsmittel, das alle diese Eigenschaften besitzt, gibt es zurzeit nicht. Würde es erfunden, dann wäre es ein Traum für alle, die in der Schattenwirtschaft aktiv sind

² In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass sich wesentliche Teile der Antigelddwäschemassnahmen und der Aniterrorfinanzierungsregeln auf unbare Zahlungsinstrumente beziehen. Vgl. hierzu die Vorschläge der Financial Action Task Force »FATF« vgl. www.fatf-gafi.org.

³ Dem standen 2011 nur 36 Kartenzahlungen gegenüber.

⁴ Die durch Falschgeld entstandene Schadenssumme betrug in Deutschland im Jahr 2014 3,3 Mio. Euro und machte damit nur einen Bruchteil der durch Kartenbetrug verursachten Schäden aus (vgl. Deutsche Bundesbank 2015).

– von Terroristen ganz zu schweigen. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass es ein solches Zahlungsmittel je geben wird.

Die Sicherheitsprobleme, die sich bei einem Übergang zu einer komplett bargeldlosen Welt ergeben würden, werden vielfach ebenfalls nicht ausreichend gewürdigt. Dies beruht darauf, dass unterschätzt wird, wie intensiv und vielfältig Bargeld immer noch genutzt wird und was eine flächendeckende Einführung elektronischer Zahlungssysteme bedeutet. Vor allem würde ja nicht nur dazu gehören, dass wir alle mit einem solchen System bezahlen können – wir müssen auch alle in der Lage sein, in diesem System Zahlungen zu empfangen. »Alle« schließt dabei Leute mit herabgesetzten kognitiven Fähigkeiten genauso ein wie notorische Trickbetrüger. Wenn es kein Bargeld mehr gibt, dann muss – abgesehen von Kleinkindern und entmündigten Personen – wirklich jeder bargeldlose Zahlungen leisten und empfangen können. Damit alle es nutzen können, muss ein solches System sehr einfach sein. Und damit die Zahlungen reibungslos klappen, sollte es auch offline funktionieren, das heißt ohne Verbindung zu einer Bank oder einem sonstigen Zahlungsdienstleister. Die Offline-Fähigkeit ist zum einen dringend notwendig als Fallback-Lösung, wenn die Kommunikationsnetze nicht funktionieren sollten, und zum anderen, weil ein System mit 100% Online-Autorisierung vermutlich äußerst kostspielig wäre. Einfach, offline-fähig, anonym und möglichst bequem in der Nutzung ist in Kombination bisher nur durch Bargeld realisierbar. Es gibt zwar immer wieder Versuche, derartige Systeme anzubieten. Allerdings gelingt es nur begrenzt, diese Kombination zu verwirklichen. Beispielsweise ist Bitcoin weder besonders einfach zu nutzen noch bequem (bis zur Bestätigung, dass es sich tatsächlich um originäre Bitcoins handelt, muss der Zahlungsempfänger mehrere Minuten warten).⁵ Zudem sind Zweifel daran laut geworden, dass es tatsächlich unmöglich ist, nachzuverfolgen, wer Bitcoin-Zahlungen vorgenommen hat (vgl. Koshy et al. 2014).

Bei Bitcoins hat sich bereits gezeigt, dass es in diesem Zusammenhang nicht nur um die Sicherheit der Technologie, sondern auch um Diebstahl geht (vgl. Reißmann 2014). Bitcoin-Eigentümer müssen entweder ihrer eigenen Hardware (PC, Notebook, Tablet, Smartphone und der dort installierten Software) trauen und/oder Dienstleistern, die die Bitcoins »aufbewahren« und verwalten. Es mag eingewendet werden, dass ein System wie Bitcoin ja noch jung ist und die Sicherheitsprobleme über die Zeit beherrschbar werden. Es ist jedoch ein Trugschluss, zu glauben, dass Zahlungssysteme aus dem Sicherheitsproblem praktisch herauswachsen können. Denn auch die Anreize für Angriffe von Betrügern nehmen zu, wenn ein System wächst. Beispielsweise

⁵ Die durchschnittliche Dauer der Bestätigung einer Bitcoin-Zahlung kann abgerufen werden unter <https://blockchain.info/de/charts/avg-confirmation-time>.

zeigen die Daten der EZB (2014, S. 16), dass der Kartentrug gerade in den beiden größten Kartenzahlungsmärkten Europas, England und Frankreich, mit im Jahr 2013 jeweils 181 bzw. 137 Kartenzahlungen pro Kopf, relativ hoch ist. Mit über 0,06% des Zahlungsvolumens sind die Ausfälle in diesen beiden Ländern weit höher als zum Beispiel in Deutschland oder Belgien (Schäden von weniger als 0,03%), in denen Karten nicht so intensiv genutzt werden (Kartenzahlungen pro Kopf: 45 bzw. 119). Damit steht zu befürchten, dass gerade ein allgemeines elektronisches Zahlungsmittel, das als Bargeldersatz etabliert ist, in besonderem Maße Angriffen von Kriminellen ausgesetzt wäre. Ein solches System wäre auch schon deshalb besonders attraktiv für Betrüger, weil man diese nicht einfach von seiner Nutzung ausschließen kann. Wenn das Bargeld einmal abgeschafft ist, dann wird der Zugang zu elektronischen Zahlungssystemen sozusagen »Menschenrecht«.

Ein Aspekt, der ebenfalls wenig Beachtung findet, ist die Rolle des Bargelds in Krisen. Üblicherweise steigt im Zuge von Finanzkrisen die Nachfrage nach Bargeld an. So zahlte die Deutsche Bundesbank allein im Oktober 2008 (dem Monat der Lehman-Insolvenz) Bargeld in Höhe von 11,4 Mrd. Euro aus – das meiste davon in hohen Stückelungen (vgl. Deutsche Bundesbank 2009, S. 56 f.). Ein solcher »Run« auf die Banken wird meist als Gefahr für das Finanzsystem angesehen. Umgekehrt gilt jedoch auch, dass es für die Bankkunden sehr beruhigend sein kann, wenn sie feststellen, dass sie tatsächlich an »ihr Geld« kommen. In einem System mit rein elektronischer Währung wäre es für die Nicht-Banken möglicherweise unmöglich, Gelder aus dem Bankensystem abzurufen, ein Umstand, der sich krisenverschärfend auswirken könnte. Auch bei Zahlungsverkehrsproblemen (aufgrund von technischen Störungen, Streiks etc.) kann das Vorhandensein von Bargeld noch ein gewisses Maß an Zahlungen ermöglichen. In einem rein elektronischen System stünde man unter Umständen sogar ohne Zahlungsmittel dar.

Schließlich sollte auch nicht vergessen werden, dass die stabilen großen Währungen (vor allem der US-Dollar und der Euro) auch in instabilen und weniger entwickelten Ländern nachgefragt werden und dort einen stabilisierenden Effekt ausüben. Dieser positive externe Effekt würde mit der »Verbannung« von Bargeld zwangsläufig ebenfalls entfallen.

Insgesamt lässt sich also konstatieren, dass eine Politik, die auf die Abschaffung von Bargeld abzielt, erstens riskant und gefährlich ist, da damit die adressierten Probleme letztlich nicht gelöst werden können. Zweitens ist der Vorschlag nicht praktikabel, da dafür eine fast weltweite Abschaffung des Bargelds nötig wäre. Und drittens ist die Idee nicht implementierbar, solange der Sicherheitsaspekt nicht gelöst ist. Sollte das Bargeld trotz dieser Probleme abgeschafft werden, dann ist ein Ausweichen auf alternative, nicht-elektro-

nische Zahlungsinstrumente zu erwarten. In einer freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung ist die Idee, den Bürgern vorzuschreiben, mit welchem Zahlungsmittel sie bezahlen sollen, ein Fremdkörper. In diesem Sinne ist allein Bargeld wirklich »geprägte Freiheit«. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Abschaffung von Bargeld für einige Marktakteure und Politiker ein willkommener Vorschlag ist, um von den eigentlichen Ursachen der damit angeblich zu lösenden Probleme (Schattenwirtschaft, Nullzinspolitik) abzulenken. Ganz allgemein lässt sich zudem einwenden, dass hier relativ leichtfertig eine altbewährte Institution abgeschafft werden soll, die sich über Jahrhunderte bewährt hat. Bevor man einen solchen Schritt macht, sollte doch erst geprüft werden, ob es nicht andere und bessere Lösungen gibt.

Literatur

Buiter, W.M. (2009), »Negative Nominal Interest Rates: Three Ways to Overcome the Zero Lower Bound«, NBER Working Paper 15118, Juni.

Der Spiegel (2015), »Bargeld ist ein Anachronismus«, Interview mit Peter Bofinger, Nr. 21.

Deutsche Bundesbank (2009), »Die Entwicklung und Bestimmungsfaktoren des Euro-Bargeldumlaufs in Deutschland«, *Monatsbericht* Juni, 49–62.

Deutsche Bundesbank (2015), »Anstieg des Falschgeldes in Deutschland«, Pressenotiz, 23. Januar.

Europäische Zentralbank (2014), *Third Report on Card Fraud*, Frankfurt am Main.

Goodhart, C.A.E. und M. Krueger (2001), »The Impact of Technology on Cash Usage«, Financial Markets Group, London School of Economics, Discussion Paper 374.

Kahn, C.M., J. McAndrews und W. Roberds (2005), »Money is Privacy«, *International Economic Review* 46, 377–399.

Kimball, M. (2013), *Breaking Through the Zero Lower Bound*, 9. Mai.

Koshy, P., D. Koshy und P. McDaniel (2014), »An Analysis of Anonymity in Bitcoin Using P2P Network Traffic«, *Lecture Notes in Computer Science* 8437, 469–485.

Krüger, M. und F. Seitz (2014), *Kosten und Nutzen des Bargelds und unbarer Zahlungsinstrumente. Modul 1: Übersicht und erste Schätzungen*, Studie im Auftrag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main.

Reißmann, O. (2014), »Verdacht auf Diebstahl. Bitcoin-Börse Mt. Gox ist offline«, *Spiegel Online*, 25. Februar.

Rogoff, K. (1998), »Blessing or Curse? Foreign and Underground Demand for Euro Notes«, *Economic Policy* April, 263–303.

Rogoff, K. (2014), »Costs and Benefits to Phasing Out Paper Currency«, NBER Working Paper No. 20126, Mai.

Rösl, G. und K.-H. Tödter (2015), »Zins- und Wohlfahrtseffekte extremer Niedrigzinspolitik für die Sparer in Deutschland«, ROME Discussion Paper Series No. 15-01, Januar.

Van Hove, L. (2007), »Central Banks and Payment Instruments: a Serious Case of Schizophrenia«, *Communications & Strategies* 66(2), 19–46.